

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 30.05.2018

Von Simon Loidl, Wien

31.05.2018

Armut wird bestraft

Österreich: Regierung kürzt Mindestsicherung. Kinder besonders betroffen



Die Kürzungspolitik der rechten Regierung in Österreich trifft besonders Familien mit Kindern

Foto: Heinz-Peter Bader/Reuters

Die österreichische Regierung setzt ihr Kürzungsprogramm fort. Am Montag präsentierte die Regierungsspitze ihre Pläne für die Neugestaltung der sogenannten Mindestsicherung. Bei dieser handelt es sich um eine Sozialleistung für Menschen, die kein Geld aus der Arbeitslosenversicherung erhalten. Bisher lag die Mindestsicherung in der Verantwortung der Bundesländer. Künftig soll es eine österreichweit einheitliche Regelung geben. Das

Konzept der Koalition aus konservativer Volkspartei (ÖVP) und rechten Freiheitlichen (FPÖ) orientiert sich dabei erwartungsgemäß an jenen regionalen Regelungen, die während der vergangenen Monate bereits verschärft wurden.

Bisher lag die Mindestsicherung bei etwa 863 Euro pro Monat. Um diese Summe zu erhalten, müssen nun einige Voraussetzungen erfüllt werden. Künftig sollen etwa Asylberechtigte mit geringen Deutschkenntnissen nur 563 Euro bekommen. Die Regierung spricht in diesem Zusammenhang von einem »Arbeitsqualifizierungsbonus«. Um die 300 Euro zu bekommen, muss ein österreichischer Pflichtschulabschluss oder der Nachweis entsprechender Deutschkenntnisse vorliegen. EU-Bürger sollen nach dem Vorhaben erst nach einem fünfjährigen Aufenthalt Anspruch auf die Sozialleistung haben. Inländische wie ausländische Familien müssen sich ebenfalls auf Kürzungen einstellen. Künftig soll es für das erste Kind 25 Prozent, für das zweite 15 und für jedes weitere Kind fünf Prozent der Leistung geben. Dies bedeutet etwa, dass eine Familie mit drei Kindern dann um 400 Euro monatlich weniger bekommt als bisher. Betroffen sind davon vor allem in Wien Lebende, da die Bundeshauptstadt bislang für Kinder mehr Geld auszahlte als andere Bundesländer.

Unmittelbar nachdem ÖVP-Kanzler Sebastian Kurz und FPÖ-Vizekanzler Heinz-Christian Strache die Neuregelung der Mindestsicherung präsentiert hatten, gab es heftige Kritik an den Regierungsplänen. Die Menschenrechtsorganisation »SOS Mitmensch« sprach in einer Pressemitteilung vom »schlimmsten Armutsverschärfungspaket der Zweiten Republik«. Das Modell der Regierung lese sich »wie eine gezielte Bestrafungsaktion für Menschen, die von Armut betroffen sind. Kinder werden gleich doppelt bestraft«, so der Sprecher des Vereins, Alexander Pollak. Zum einen seien sie betroffen, wenn sie mehrere Geschwister haben, und zum anderen, wenn ihre Eltern nicht Deutsch auf Maturaniveau (Abiturniveau, *jW*) für Fremdsprachen können. Ähnlich äußerte sich der Geschäftsführer der Kinderhilfsorganisation »SOS Kinderdorf«, Christian Moser. Er erklärte, das neue Mindestsicherungskonzept komme einem »Programm zur Förderung von Familienarmut gleich«. Die Armutskonferenz, ein Netzwerk aus sozialen Organisationen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, machte darauf aufmerksam, dass nur »jede siebente von den Kürzungen betroffene Person asylberechtigt« ist. Die Regierung zeige auf Flüchtlinge, verschärfe aber die Bedingungen für alle: »Die ›Ausländer‹ werden ins Spiel gebracht, weil sonst die Kürzungen nicht durchsetzbar wären.«

Rechtsexperten zeigten sich gegenüber österreichischen Medien skeptisch, dass das Regierungskonzept mit der Verfassung und EU-Richtlinien konform ist. Insbesondere die

Schlechterstellung von Asylsuchenden und EU-Ausländern dürfte entsprechenden Regelungen widersprechen.

Besondere Brisanz hat die »Reform« der Mindestsicherung deshalb, weil ÖVP und FPÖ auch eine Neugestaltung der Arbeitslosenunterstützung anstreben. Bisher erhalten Menschen, die ihren Job verloren haben, in Österreich etwa ein halbes Jahr lang Arbeitslosengeld, danach heißt die etwas geringere Sozialleistung »Notstandshilfe«. Diese wollen Kurz und Strache abschaffen. Langzeitarbeitslose sollen künftig ebenfalls die Mindestsicherung erhalten. Damit werden viele Erwerbslose künftig viel weniger Geld bekommen. Außerdem dürfen Bezieher der Mindestsicherung maximal 4.000 Euro besitzen.

Die Kosten für die Mindestsicherung beliefen sich für den Staat zuletzt auf etwa eine Milliarde Euro jährlich. Im Internet wiesen Regierungskritiker am Montag darauf hin, dass der Staatskasse etwa der gleiche Betrag künftig aufgrund eines Steuergeschenks für Unternehmen fehlen wird. Am Wochenende war bekanntgeworden, dass ÖVP und FPÖ die Grunderwerbssteuer für Investoren abschaffen. Firmen, die ihren Immobilienbesitz in eine Tochterfirma ausgelagert haben, müssen bei einem Verkauf künftig diese Abgabe nicht mehr zahlen. Die Regierung bezeichnet dies als »Klarstellung« der gesetzlichen Regelung, Kritiker sprechen von einer Legalisierung steuervermeidender Konstruktionen.